

Sipri-Friedensforscher

2718 Milliarden Dollar: Staaten weltweit rüsten auf

28. April 2025, 0:01 Uhr | Lesezeit: 3 Min.

Noch nie zuvor wurde weltweit so viel Geld für Rüstung ausgegeben wie im Jahr 2024. Die Friedensforscher des Sipri-Instituts warnen, dass dies oftmals durch drastische Kürzungen etwa im Sozialbereich finanziert werde.

Von Alex Rühle

Und wieder ein Rekord, der zehnte in Folge. Die Weltgemeinschaft, die leider keine ist, hat 2024 so viel für Rüstung ausgegeben wie nie zuvor, insgesamt 2718 Milliarden Dollar. Das sind 300 Milliarden oder 9,4 Prozent mehr als 2023, „der steilste Anstieg gegenüber dem Vorjahr seit mindestens dem Ende des Kalten Krieges“, so das Stockholmer Sipri-Institut in seinem an diesem Montag erscheinenden Jahresreport zu den weltweiten Militärausgaben.

Ein Großteil dieses steilen Anstiegs steht in direkter Verbindung mit dem Krieg in der Ukraine: Russland hat 149 Milliarden in die Rüstung investiert, das sind 38 Prozent mehr als 2023 und doppelt so viel wie 2015. Die Militärausgaben der Ukraine erreichten 64,7 Milliarden – das Land hat 34 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Waffen, Munition und sonstige Ausrüstung gesteckt, ein trauriger Jahresweltrekord. Die Forscher des Sipri schreiben, die Ukraine leite momentan das gesamte Steueraufkommen in die Verteidigung: „Angesichts der angespannten Haushaltsslage wird es für die Ukraine eine Herausforderung sein, ihre Militärausgaben weiter zu erhöhen.“ Aber auch alle anderen europäischen Länder, abgesehen von Malta, haben in Reaktion auf die Bedrohung durch Russland und/oder um das Nato-Ziel von zwei Prozent des BIP zu erreichen, mehr in ihr Militär gesteckt als je zuvor. Deutschland gab mit 88,5 Milliarden 28 Prozent mehr aus als noch 2023, nur drei Länder weltweit ließen sich ihr Militär noch mehr kosten.

Die mit Abstand größte Militärmacht besitzen nach wie vor die USA, die ihr Budget um 5,7 Prozent auf 997 Milliarden aufgestockt haben – das allein macht 37 Prozent der weltweiten Ausgaben und zwei Drittel der gesamten Nato-Investitionen aus, und das, obwohl ausnahmslos alle Mitglieder des Verteidigungsbündnisses ihre Ausgaben im vergangenen Jahr erhöht haben. Mittlerweile erreichen 18 der 32 Nato-Länder zwei Prozent des BIP (2023 waren es elf). Einige

Länder geben auch bereits deutlich mehr aus, Polen etwa hat seinen Etat um fast ein Drittel erhöht (38 Milliarden) und ist bei 4,2 Prozent seines BIP angelangt.

Das zweithöchste Militärbudget nach den USA hat China, das 314 Milliarden in die Rüstung steckte. Die asiatische Supermacht hat das 30. Jahr in Folge seinen Etat gesteigert, in diesem Jahr um sieben Prozent. Die Hälfte aller Militärausgaben in Asien und Ozeanien entfallen auf China.

Im Verhältnis zum Bruttoinnlandsprodukt zahlt Israel mit 8,8 Prozent nach der Ukraine am meisten für sein Militär. „Die Ausgaben stiegen um 65 Prozent auf 46,5 Milliarden Dollar im Jahr 2024, das ist der stärkste jährliche Anstieg seit dem Sechstagekrieg 1967 und erklärt sich daraus, dass Israel den Krieg in Gaza fortsetzt und den Konflikt mit der Hisbollah in Südlibanon eskalieren ließ“, so das Sipri, das die weltweiten Militärausgaben seit 1969 analysiert.

Das Sipri-Institut wurde 1966 gegründet, um die außergewöhnlich lange Friedenszeit, die Schweden seit 1814 genossen hat, durch eine Friedensforschungs-Einrichtung zu ehren. Seither forschen die rund hundert Mitarbeiter zu Sicherheitsfragen und Konfliktmanagement, haben riesige Datenbanken zu Waffenhandel und Strukturen der [Rüstungsindustrie](#) aufgebaut und können durch ihre jahrzehntelange Arbeit weltweite Trends analysieren. Die Abrüstungsverhandlungen der Siebziger- und Achtzigerjahre zwischen den USA und der Sowjetunion fußten stets auf den Angaben des Sipri.

Zwischen 1990 und 2010 ging die Zahl der Kriege von 50 auf 30 runter, das Nuklearwaffenarsenal schrumpfte im selben Zeitraum von 75 000 auf ein Sechstel dieser Menge. Sipri-Direktor Dan Smith sagte der SZ im vergangenen Jahr in Erinnerung an diese Abrüstungsphase: „Es wurden mehr Friedensvereinbarungen getroffen als je zuvor. Und die haben länger gehalten als je zuvor. Die Ausweitung der friedlichen Zonen in diesen 20 Jahren ist meines Erachtens *the biggest untold good news story ever.*“

Diesmal findet man im Bericht kaum *good news*. Die Forscher warnen, dass die kontinuierlich wachsenden Militärausgaben – insgesamt haben über 100 Länder ihre Rüstungshaushalte vergrößert – vielerorts durch drastische Kürzungen in anderen Bereichen querfinanziert werden, weshalb „die wirtschaftlichen und sozialen Kompromisse in den kommenden Jahren erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaften haben könnten“.

Xiao Liang, einer der Autoren des Berichts, antwortet auf die Frage der SZ nach konkreten Beispielen, Großbritannien plane, seine Entwicklungshilfe von 0,5 Prozent auf 0,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu senken und die eingesparten Ausgaben stattdessen für das Mili-

tär zu verwenden. Schweden habe sowohl 2022 als auch 2023 in den Bereichen Gesundheit, Klima und „finanzielle Sicherheit für Menschen mit Krankheiten und Behinderungen“ deutlich gespart, um im gleichen Zeitraum die Verteidigungsausgaben um fast sieben Prozent zu erhöhen. Schweden ist 2023 der Nato beigetreten. Erst vor wenigen Wochen gab die Regierung von Ulf Kristersson bekannt, dass man bis zum Jahr 2035 rund 300 Milliarden Kronen (28 Milliarden Euro) zusätzlich in die Verteidigung stecken werde, das ist die höchste Aufstockung seit Ende des Kalten Krieges.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen für 0,99 € zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/li.3241432

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.